

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/50. Jahrgang

Januar 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnbau: Der Fisch stinkt vom Kopf her

Seit Reinhard Thies vor fünf Jahren die Geschäftsführung der Wohnbau Gießen GmbH übernommen hat, sieht er sich gern als Lichtgestalt im Dienste des sozialen Wohnungsbaus. Da folgen ihm nicht alle.

* Die Mieter, die zum Beispiel mit seiner Sanierungswut aus ihren Wohnungen vertrieben wurden oder sie danach sehr viel teurer wieder beziehen durften, sehen das zum großen Teil anders.

* Die Mietsuchenden, die oft jahrelang auf der Warteliste stehen, weil so gut wie keine Sozialwohnungen gebaut werden, ebenso.

* Und bei den Mietern, die aufgrund fehlerhafter Nebenkostenabrechnung

bis vors Gericht ziehen mussten, ist der Wohnbau-Chef eh unten durch. Aber jetzt ist auch in den oberen Geschäftsetagen die Kacke am Dampfen. Das Betriebsklima war wohl nie harmonisch, man spricht inzwischen von Angst vor Repressalien, und jetzt soll das Arbeitsgericht Recht sprechen. Sind seine Stellvertreter, die sich bei Entscheidungen übergeben fühlen, „leitende Angestellte“ oder nicht, will z.B. heißen: dürfen sie zum Betriebsrat kandidieren oder nicht. Die amtierende Richterin hat es nicht leicht und versucht ein Mediationsverfahren – und den Beschäftigten wurde ein generelles Redeverbot zum Thema erteilt.



Dazu ist einiges Grundsätzliche zu sagen:

Es heißt: Die „energetische Sanierung“ müsse sein, weil sie von Berlin beschlossen sei. Das ist kein Gesetz, sondern Humbug. So etwas sollte von Fall zu Fall in Rücksprache mit den Mietern vor Ort entschieden werden und nicht „weil Berlin das so will“.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Krim + Völkerrecht / Matthias Beltz S.2
Schlafplätze für obdachlose Frauen S.3
Drucker-Streik / DGB + Leiharbeiter S.4

Gießener Innenstadt / Pflege macht reich S.5
Kuba Nr. 1 beim Umwelt + Klimaschutz S.6
§ 219a / Yakup A. nicht verurteilt S.7
Termine / Der "Abzug" aus Syrien S.8



Runter mit der Grundsteuer B

In der Debatte um den Haushalt 2019 hat der FDP-Stadtverordnete Greilich die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B gefordert. Die Grundsteuer B wurde in Gießen vor fünf Jahren um etwa 30% erhöht, nachdem Gießen wegen seiner Schulden unter den von der Landesregierung zur Gängelung der Städte und Gemeinden erfundenen Rettungsschirm geschlüpft war. Damals wurde unverbindlich versprochen, die Steuer könnte gesenkt werden, wenn die Finanzlage wieder besser ist. Das ist jetzt zweifellos der Fall – Greilich hat also recht mit seiner Forderung.

Angesichts der sonstigen Politik der FDP ist das aber pure Heuchelei. Da die Grundsteuer auf die Mieter abgewälzt wird, interessiert sie diese Partei sonst nur wenig. Runter sollte sie aber trotzdem, deswegen sollten die Linken im Parlament die Forderung aufgreifen.

G.L.

Für Frieden und Sozialismus!



Die Krim und das Völkerrecht

Die westlichen Regierungen und deren Medien sind sich weitestgehend einig darin: Das Verhalten Russlands gegenüber der Krim im März 2014 war eine völkerrechtswidrige Annexion. Annexionen sind nach der derzeitigen, mehrheitlichen Interpretation des Völkerrechts ein Verstoß gegen die UN-Charta. Aber das Völkerrecht ist ja keine ewige Wahrheit, keine heilige Schrift, wie oft vermittelt wird. Es ist wie jedes Recht ein Spiegel der Klassenkämpfe der jeweiligen historischen Situation.

Der ehemalige Bundeskanzler Schröder wurde 2014 zur Rolle des Völkerrechts im Fall der Krim befragt. Das russische Vorgehen sei zwar ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Mit einem erhobenen Zeigefinger solle man jedoch vorsichtig sein, „weil ich es selber gemacht habe“, sagte er mit Blick auf die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg gegen Serbien während

seiner Regierungszeit. Für das, was gegenwärtig auf der Krim passiere, sei der Kosovo „die Blaupause“. In beiden Fällen handele es sich „formal“ um eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen. Worauf Schröder also zu Recht hinweist, ist, dass jede Seite, entsprechend ihrer Interessen das Völkerrecht für sich interpretiert und er gibt offen zu, dass er im Fall des Kosovos ebenfalls Völkerrecht gebrochen hat.

Russland interpretiert die Situation naturgemäß völlig anders. Da die UN-Charta die Integrität von Staaten schützt, lässt sich aus ihr zwar kein Sezessionsrecht ableiten, aber es ist auch nicht verboten. Es stellt quasi ein „Notwehrrecht“ da, wenn bestimmte Gruppen innerhalb eines Staates diskriminiert werden. Die Repression

gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung - auch auf der Krim - stellt also einen Grund für ein Sezessionsrecht dar.

Die Krim führte am 16.03.2014 eine Volksabstimmung über die Frage der Wiedereingliederung in das russische Territorium durch. Das amtliche Endergebnis besagte: Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 82% hätten 95,5% für die Wiedereingliederung gestimmt. Schnell wurden Stimmen laut, was bedeutet dieses Ergebnis schon angesichts russischer Soldaten auf der Krim.

Da könnte man natürlich fragen, wie völkerrechtskonform war die Sezession des Kosovos, angesichts des Angriffskrieges der NATO gegen Serbien vom 28. Februar 1998 bis zum 10. Juni 1999. Henning Mächerle

(Fortsetzung von Seite 1)

Wohnbau

Vorrangige Aufgabe einer sozialen Wohnbaugesellschaft soll es sein, ausreichenden preiswerten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten und nicht bei Wegfall der Preisbindung die Miete zu erhöhen (oder sich dafür bezahlen zu lassen, dass sie die Miete nicht erhöht).

Sozialer Wohnungsbau gehört in die Hände und in die Verantwortung der Kommunen und der gewählten Abgeordneten, die öffentlich über ihre Wohnungspolitik Rede und Antwort stehen müssen – so, wie es vor der Privatisierung war.

Damit darf keinesfalls Gewinn erwirtschaftet werden, wie es eine GmbH vorschreibt, auch wenn ein Teil davon an die Stadt fließt. Warum sollen die Mieter die Stadtkasse füllen?

Und dann braucht man auch keinen Geschäftsführer mit einem Gehalt von 120.000 Euro im Jahr.

Nötig ist die Rekommunalisierung der Wohnbau – wie der anderen kommunalen Betriebe auch.

Nur dann können Entscheidungen im Interesse der Menschen und nicht der Profite getroffen werden. Und das gilt für jeden anderen Bereich des öffentlichen Lebens – wie der gesamten Gesellschaft. Erika Beltz



Matthias Beltz: Parmesan und Partisan

Predigten auf Teufel komm' raus – unter diesem Titel hat die Büchergilde Gutenberg ein schönes kleines Buch mit Texten des in Gießen aufgewachsenen Matthias Beltz herausgegeben. In einem ausführlichen Vorwort wird der 2002 viel zu früh verstorbene Kabarettist vorgestellt und gewürdigt. Auf den folgenden 95 Seiten sind Kurzge-



schichten und Verse zu lesen. Man kann bekannte Stücke wie „Deutschland – ein Fußballmärchen“, aber auch viele unbekanntere, aber originelle Texte nachlesen oder kennenlernen. Das Büchlein ist gut zum Selberlesen, aber auch als Geschenk für humorvolle kritische Menschen gut geeignet. Es kostet 15 Euro und ist in der „Büchergilde am Wochenmarkt“ in der Wetzsteinstraße erhältlich. G.L.

Mehr Übernachtungsplätze für obdachlose Frauen vom Parlament abgelehnt

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung (STVV) forderte Martina Lennartz (DKP), Stadtverordnete der Gießener Linken, den Magistrat auf, umgehend zusätzliche Schlafgelegenheiten in *geschütztem Raum* für *mindestens 5 obdachlose* Frauen zu schaffen.

Durch die „Operation sichere Zukunft“, die 2003 vom Ministerpräsidenten Koch (CDU) durchgesetzt wurde, wurden Zuschläge für soziale Beratungsstellen gekürzt und Frauenhäuser geschlossen. Zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25.11. 2018 haben Medien und Politiker erklärt, wie betroffen sie über das schon lange bekannte Problem sind, das sie selbst verursacht haben. Doch der Frauen ohne Wohnsitz wurde nicht gedacht und trotz des Wissens um deren Notlage ändert sich nichts. Hauptursache

ist fehlender bezahlbarer Wohnraum - auch daran ändert sich in Gießen und bundesweit nichts.

Die Anzahl obdachloser Menschen wird bisher weder in Gießen noch bundesweit erfasst.

Doch die Zahl der Obdachlosen in Deutschland und somit der Bedarf nach Übernachtungsmöglichkeiten besonders im Winter nimmt laut BAGW (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) stark zu. In Gießen gibt es bei der OASE (Beratungsstelle für Frauen) Betten für maximal 11 wohnsitzlose Frauen. Diese sind ständig belegt. Für Frauen mit Hund ist nicht mal ein einziger Platz in Gießen vorgesehen.

Viele Frauen müssen notgedrungen Zuflucht bei Männern in Anspruch

nehmen, wo sie häufig wiederum von deren Gewalt bedroht sind. Nach der hessischen Gesetzeslage sind die Kommunen für die Unterbringung obdachloser Personen zuständig. Jeder und jede Wohnsitzlose hat gegenüber der Stadt einen entsprechenden Anspruch.

Die OB stellte auf der STVV bei einer Anfrage der FDP selbst fest, dass der Bedarf höher als das Angebot sei. Zwei Stunden später sagte sie, dass ihr kein konkreter Bedarf bekannt sei. Betroffene könnten in Pensionen untergebracht werden. Allerdings ist das spontan und nachts nicht so einfach möglich, sofern die Betroffenen davon überhaupt wissen. Der Antrag wurde – außer von den Gießener Linken – abgelehnt. Martina Lennartz

3 WOCHEN GRATIS! **Die Tageszeitung junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**



Aus dem Rathaus

Flussstraßenviertel

Die Stadtoberen versprechen dort neue Wohnungen durch Umbau und Neubau; derzeit gibt es dort 678 Wohnungen, 700 sollen es werden. Verschiedene Probleme wurden von den Mietern der derzeit maroden Wohnungen angesprochen: Verdichtete Bauweise usw. Eine soziale Durchmischung wird versprochen. Es bleibt die Befürchtung von anschließend erhöhten Mieten.

Wird hier wieder einmal gemauschelt?

- **Walldorf gegen Walldorf** -
Und der Magistrat schweigt. Patrick Walldorf stellte Fragen, inwieweit ein

Interessenkonflikt vorliegen könnte, wenn Andreas Walldorf mit einer Reihe von Funktionen in Stadtmarketing und Stadtverordnetenversammlung sich Vorteile verschaffen könne. Dass der Magistrat die mündliche Antwort verweigerte, ist vollkommen unüblich. Was er - wie angekündigt - schriftlich äußern wird, lässt einmal das Ergebnis offen.

Revisionsamt und Datenschutz

Nach wie vor sollen beide Ämter in einer Hand bleiben. Die Fraktion Gießener Linke lehnt dies gemeinsam mit Herrn Lein, dem derzeitigen Dienststellenleiter beider Ämter, ab. M.B.

Drucker-Streik: Trotz Teilerfolg ist weiterer Kampf notwendig

Als im Frühjahr 2018 die Frankfurter Societäts-Druckerei (FSD) verkauft wurde, war den 300 Stammbeschäftigten versprochen worden, dass sich nichts ändern würde. Aber bald kamen von den neuen Eigentümern, darunter die Gießener Familie Rempel (Gießener Allgemeine Zeitung), die ersten 25 Kündigungen, etwa 100 weitere sollten folgen.

Dagegen setzten sich die Beschäftigten zur Wehr, streikten und demonstrierten – auch in Gießen – und erfuhren Solidarität auch von der DKP Gießen (s. Kasten).

Inzwischen konnte die Kündigung von 26 Kolleginnen und Kollegen abgewendet werden, für weitere 70 wurden Abfindungen ausgehandelt. Damit ist die Sache keineswegs ge-

An die streikenden Kolleginnen und Kollegen der Societäts-Druckerei
An die Gewerkschaft ver.di Mittelhessen,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die DKP Gießen grüßt Euch und steht in Eurem Kampf um den Erhalt Eurer Arbeitsplätze fest an Eurer Seite. Die dreiste Brechung des Versprechens zur Übernahme aller Beschäftigten muss klar zurückgewiesen und die geplanten Massenentlassungen von mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen verhindert werden. Die Rechnung der Rempel-Brüder (Eigentümer der Gießener Allgemeinen Zeitung), bisher tariflich bezahlte Arbeitsplätze durch billige Werksverträge zu ersetzen, darf nicht aufgehen.

Euer Streik ist die richtige Antwort auf das skandalöse Verhalten der Verlagsleitung; lasst Euch nicht rempeln – rempelt zurück! Gemeinsam seid Ihr stark.

Wir wünschen Euch in Eurem Arbeitskampf Durchhaltevermögen und Erfolg und werden Euch dabei nach Kräften unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen - DKP Kreisvorstand Gießen

**Demo der streikenden
Drucker am 7.11.
in Gießen**



rettet. Entgegen vorheriger Versprechungen sind die neuen Eigentümer im Oktober aus der tarifgebundenen Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband ausgetreten. Auch dagegen fand ein dreiwöchiger Arbeitskampf statt, an dem sich die große Mehrheit beteiligte. Nun werden die Bos-

se weiter versuchen, möglichst viele Beschäftigte zu entlassen und statt ihrer Arbeitskräfte im Billiglohnsektor einzustellen.

Diese verstärkte Ausbeutung ist inzwischen kapitalistischer Alltag – die Armut, nicht nur von Alten und Kindern, sondern auch die von Vollbeschäftigten, die zu Hartz IV aufstocken müssen, wird zunehmen.

Wir sind dagegen der Meinung:

**Was des Volkes Hände schaffen,
soll des Volkes Eigen sein.**

PM der Montagsdemonstranten: Wir unterstützen die Forderung an DGB-Gewerkschaften - sofort raus aus Leiharbeitsverträgen

Die Montagsdemonstranten gegen Hartz IV in Gießen begrüßen die Initiative mehrerer Aktionsbündnisse (siehe Liste unten) gegen die Leiharbeit. In einem Offenen Brief an die Einzelgewerkschaften und den DGB werden die Gewerkschaften aufgefordert, alle bestehenden Tarifverträge zwischen den DGB-Gewerkschaften und den Leiharbeitsverbänden zu kündigen. Teimour Khosravi, Sprecher des Aktionsbündnisses Sozialproteste von Gießen, stellte hierzu fest, dass rund eine Million Kolleginnen und Kollegen heute in Leiharbeit beschäftigt sind. Sehr viele von ihnen bekommen für die Arbeit in den jeweiligen Betrieben der Entleiher einen geringeren Lohn als

die Stammbeschäftigten im gleichen Betrieb. Dies erhöht den Druck auf die Löhne der Stammbeschäftigten und spaltet die Lohnabhängigen im selben Betrieb.

Diese Praxis, die von den Gewerkschaften mit getragen wird, führe zu allgemeinem Lohndumping und dazu, dass trotz gesetzlichem Mindestlohn, viele Beschäftigte als Aufstocker Hartz IV beantragen müssen. Es könne nicht angehen, so Teimour Khosravi, dass die DGB-Gewerkschaften, deren ureigenste Aufgabe in der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten besteht, dieser Ausbeutungs- und Spaltungspraxis nicht konsequent entgegengetreten.



Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), KLARtext e.V., Labournet Germany, Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, BAG Prekäre Lebenslagen, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), "25 Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte des Bremer Mercedes Werk", Tacheles e.V., Erwerbslosen Forum Deutschland, Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB), Allgemeines Syndikat Halle/Saale, FAU - Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union, Die kämpferische Basisgewerkschaft FAU Leipzig, Attac Halle, Dr. Rolf Geffken, Kanzlei RAT & TAT, Fachanwalt und Autor für Arbeitsrecht, Hamburg

Attraktive Gießener Innenstadt - wie soll das denn bitte gehen?

Ein ewiger Ärger sind die uneinheitlichen **Öffnungszeiten**. Los geht es morgens in der Innenstadt mit 7.00 Uhr, bis dann der letzte Laden um 10.00 Uhr öffnet. Abends das gleiche Bild: ab 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr wird geschlossen. Samstags ist es noch abenteuerlicher: Ab 7.00 Uhr Öffnung und ab 14.00 Uhr schließen die ersten. Da fährt der Kunde doch gleich ins Forum nach Wetzlar, da unter einem Dach auch gleiche Öffnungszeiten vorhanden sind. Vorschlag: einheitliche Kernöffnungszeiten zumindest in der Innenstadt (Beispiel: alle haben mindestens zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr geöffnet). Dann können sich auch die Kunden orientieren und diese Kernzeiten können offensiv beworben werden.

Zur Galerie **Neustädter Tor**. Sie hat von Anfang an nicht funktioniert; das weiß mittlerweile jeder Gießener. Allenfalls als Parkhaus und „Mensa“ für die umliegenden Schulen wird sie aktuell genutzt; ständige Managerwechsel haben auch nichts gebracht. Wenn hier nichts Gravierendes passiert, sind die Tage der Galerie gezählt.

Kommen wir zu den „**Events**“, die in der Regel auf Wunsch des Handels mit verkaufsoffenen Sonntagen durchgeführt werden sollen. Da sind die Akteure im Erfinden von Veranstaltungen sehr einfallreich. Was gab es da schon alles: Tuchmarkt, Frühlings-

Besser wäre es (wenn überhaupt), das Suppenfest zentral wie z.B. Kirchenplatz/Brandplatz stattfinden zu lassen, statt im Seltersweg und Umgebung. Auch der Weihnachtsmarkt ist stark verbesserungswürdig. Glühwein, Bratwurst, Glühwein. Damit lässt es sich mehr Geld verdienen als mit typischen Weihnachtsartikeln. Immerhin: ein Anziehungspunkt auf dem Kirchenplatz wurde mit der Eisbahn geschaffen. Auch in diesem Fall gilt: Konzentrieren auf einige Plätze in der Innenstadt, statt alle 50m ein Stand mit Alibi-Weihnachtsartikeln!

Zusammenfassend ist zu sagen, dass eine Innenstadt auch ohne verkaufsoffene Sonntage sehr wohl attraktiv sein kann. Doch für Gießen fehlt es an Ideen, die gleichermaßen Handel, Gastronomie, aber auch Touristik, Kleingewerbe und Wohnen beinhaltet. Dazu ein schlüssiges Verkehrskonzept, das auch morgens im Seltersweg funktioniert, wo sich Hermes, DHL und UPS die Plätze vor den Geschäften streitig machen. Wer hat bitteschön zu diesem Thema Visionen?

Helmut Appel



erwachen, Sport in der City, Liebigs Suppenfest usw. usw. Die Öffnung während des Suppenfestes wurde durch die *Allianz für einen freien Sonntag* gerichtlich überprüft mit dem Ergebnis, dass es gegen Recht und Gesetz verstößt. Seitdem bleiben beim Suppenfest in Gießen die Läden sonntags zu; die Besucherzahl ist dadurch überschaubar geworden.

Pflege als lukrative Geldanlage macht reich

Immer mehr Alten- und Pflegeheime, heute oft beschönigend „Senioren-Residenz“ genannt, werden mit privatem Kapital gebaut und betrieben. Von Hedgefonds bis zu Kleinanlegern sehen viele darin eine lukrative Geldanlage. Auf dem sogenannten „Grauen Kapitalmarkt“ (Investitionen ohne Banken) wird mit Zinsen bis zu 10% geworben. Neben den Kapitalgebern machen natürlich auch die Betreiber ordentlich Profit. Logischerweise steht in so finanzierten Einrichtungen nicht das Wohl der dort lebenden Menschen, sondern der Gewinn im Vordergrund. Fehlende gesetzliche Vorgaben und seltene Kontrollen machen es möglich, auf Kosten der Bewohner hohe Gewinne zu erwirtschaften. Gespart wird an Personal und Material. Pflegekräfte und anderes Personal sind ständig überlastet und haben viel zu wenig Zeit. Selbst kriminelle Machenschaften

bei der Abrechnung der erbrachten Leistungen werden selten aufgedeckt. Während sich das Personal in Kliniken in den letzten Jahren immer häufiger wehrt und in größeren Krankenhäusern mit Hilfe ihrer Gewerkschaft ver.di schon Erfolge erzielt hat, herrscht in den Alten- und Pflegeheimen noch Ruhe. Nur wenige sind in einer Gewerkschaft organisiert, meistens gibt es keinen Betriebsrat,

es gelten keine Tarifverträge. Die Unternehmer haben noch freie Hand und bestimmen die Regeln. Auch das von der Bundesregierung vorgelegte „Gute-Pflege-Gesetz“ wird daran wenig ändern. Notwendig wäre die Abkehr vom Profitsystem in der Pflege. Als Begründung für die ständige Zunahme privater Heime wird die sich ändernde Altersverteilung genannt, die vielen jetzt und zukünftig notwendigen Einrichtungen könnten von der öffentlichen Hand und gemeinnützigen Organisationen nicht finanziert werden. Das ist aber Unsinn – Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. Kostendeckend arbeitende Heime in öffentlicher Verantwortung, gute Pflege, qualifiziertes, ausreichendes Personal – das alles wäre möglich. Ohne Kampf wird das aber nicht zu erreichen sein.



men noch Ruhe. Nur wenige sind in einer Gewerkschaft organisiert, meistens gibt es keinen Betriebsrat,

– das alles wäre möglich. Ohne Kampf wird das aber nicht zu erreichen sein. Gernot Linhart

Im Umwelt- und Klimaschutz: Kuba weltweit Nr. 1

Im Dezember ging in Kattowitz der diesjährige Welt-Klimagipfel zu Ende. Für die von der Klimaänderung am meisten betroffenen Länder – die kleinen Inseln im Indischen Ozean und Pazifik sowie die Länder der Sahelzone – war das Ergebnis wieder mal enttäuschend. Außer Absichtserklärungen und dem Versprechen, demnächst endlich mehr umzusetzen, kam wenig heraus. Die Länder, die sich am heftigsten gegen verbindliche Vorgaben wehrten, waren die USA, Saudi-Arabien, Russland und der Gastgeber Polen. Für die westlichen Industrieländer war das praktisch – sie konnten die Schuld an dem mageren Ergebnis auf diese Sündenböcke schieben. Der deutsche Wirtschaftsminister Altmeier machte gleich nach der Rückkehr klar: Wettbewerbsstärke geht vor Klimaschutz. Eigentlich müsste für jeden klar sein: Solange die Macht der Konzerne ungebrochen bleibt, ist der Klimawandel unabwendbar. Wie eine Umwelt- und Klimapolitik ohne Kapitalismus aussehen könnte, zeigt die kleine Insel Kuba. In der

Verfassung ist festgelegt, dass Umwelt- und Klimaschutz Staatsziele sind. Neben der Regierung sind auch alle Einwohner diesem Ziel verpflichtet. Fidel Castro hat 2005 zu einer Energie-Revolution aufgefordert. Seitdem nimmt dort der Energieverbrauch kontinuierlich ab, trotz stetigem Wachstum. In Industrie und Verkehr wurden sofort wirksame Sparmaßnahmen durchgesetzt. Im privaten Bereich sorgte der Staat dafür, dass in kurzer Zeit 3,5 Millionen alte stromfressende Kühlschränke, meist noch aus US-Produktion, durch neue

sparsame Geräte ersetzt wurden. Ebenso wurden alle Glühlampen durch Sparlampen ersetzt. So konnte der Stromverbrauch innerhalb weniger Jahre halbiert und außerdem die Stromproduktion auf klimafreundliche Methoden umgestellt werden. Trotz der immer noch wirksamen Wirtschaftsblockade durch die USA konnte das Entwicklungsland eine eigene Produktion von Photovoltaik und Solarthermie aufbauen. Das vorbildliche öffentliche Bildungswesen ermöglicht, bei den Jugendlichen Bewusstsein für Umwelt- und Klimaprobleme zu verankern. Das Global Footprint Network hat festgestellt, dass beim Vergleich von 150 Staaten Kuba das erste und einzige ist, das sich „innerhalb eines einzuhaltenden Zielbereichs der nachhaltigen Entwicklung“ befindet. In den vom WWF herausgegebenen „Living Planet Reports“ wird dieses Ergebnis bestätigt. Das Beispiel Kuba zeigt: Ohne Kapitalismus wäre die Zukunft besser. Gernot Linhart



tet. Fidel Castro hat 2005 zu einer Energie-Revolution aufgefordert. Seitdem nimmt dort der Energieverbrauch kontinuierlich ab, trotz stetigem Wachstum. In Industrie und Verkehr wurden sofort wirksame Sparmaßnahmen durchgesetzt. Im privaten Bereich sorgte der Staat dafür, dass in kurzer Zeit 3,5 Millionen alte stromfressende Kühlschränke, meist noch aus US-Produktion, durch neue



Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
Februar-Echo: Mi., 23. Jan.**

Meine Meinung

*Ich weiß nicht viel, jedoch genug,
So ist mein Wissensdurst gestillt.
Ich bin gefeit vor Lug und Trug:
Ich bin im Bild.
Und immer wieder hinzusehn,
Ist Unsinn und vertane Zeit,
Ich muss nicht in die Tiefe gehn:
Ich weiß Bescheid.
Und werde ich auch ausgelacht,
Und ist mein Argument auch schlecht
Und deines gut und klug bedacht:
Ich habe recht.*

Thomas Gsella

Weg mit § 219a, weg mit § 218! Solidarität mit Kristina Hänel!

Etwa 250 Menschen versammelten sich am 19. Dezember vor dem Rathaus zu einer Kundgebung gegen den § 219a „Verbot der ‚Werbung‘ für Abtreibung“. Wenige Tage zuvor hatte die Groko in Berlin den Entwurf einer geplanten Reform des Paragraphen vorgelegt, der im Prinzip das bestehende Unrecht zementiert und nichts an der Diskriminierung und Kriminalisierung der betroffenen Ärztinnen und Ärzte ändert. Auch Mitglieder der DKP waren dabei und verteilten ein Flugblatt, in dem es u.a. heißt:

Der vorliegende Entwurf der CDU/CSU/SPD-Regierung für eine „Reform“ des § 219a ist eine Zementierung bestehenden Unrechts. Er muss vom Tisch; der § 219a muss ersatzlos gestrichen werden.

Wieder einmal hat die SPD ihre eigenen Grundsätze verraten und ihren

eigenen Gesetzentwurf zur Streichung zurückgezogen, der im Bundestag mit großer Mehrheit hätte angenommen



men werden können. Für den Erhalt der Großen Koalition ist sie bereit, ihre letzten Wähler zu vergraulen... Besonders perfide ist die Absicht, eine Studie durchführen zu wollen über „posttraumatische Störungen“ bei Frauen, die abgetrieben haben. Eine solche Studie existiert – und sie

ist durchweg haltlos. Sinnvoll wäre eine Studie über psychische Störungen bei ungewollt schwangeren Frauen auf der Suche nach Ärztinnen und Ärzten, die bereit sind, ihnen zu helfen.

Die DKP Gießen erklärt sich solidarisch mit Kristina Hänel. Wir fordern die Streichung des § 219a, die Aufhebung der Zwangsberatungen und die Streichung des § 218!

Wir hoffen, dass die Frauen (und fortschrittlichen Männer) in der SPD sich durchsetzen – und den Entwurf, der im Januar in den Fraktionen beraten werden soll, ablehnen.

Der vollständige Text des Flugblattes steht hier: <http://www.giessenerzeitung.de/giessen/beitrag/127065/weg-mit-s-219a-weg-mit-s-218-solidaritaet-mit-kristina-haenel/>



Delacroix, 2018

Der Gießener Oberhetzer gegen Abtreibung, Evangelikaner und Schwulenfeind Ulrich Weyel verstieg sich in einem Leserbrief an die GAZ am 19.12. zu der Aussage: *„Die beiden mutigen Spitzenpolitikerinnen von CDU und SPD, Annegret Kramp-Karrenbauer und Andrea Nahles, machen keinen Hehl aus ihrer Ablehnung. Gott segne sie dafür.“*

Kein Freispruch für Yakup A., aber Einstellung des Verfahrens

Die Berufungsverhandlung gegen Yakup A. am 5.12. vor dem Gießener Landgericht wegen einer „verbotenen“ PKK-Fahne auf seiner Facebook-Seite war nach wenigen Minuten zu Ende. Das Verfahren wurde nach § 153 StPO eingestellt.

Das Gericht hatte sich am 21.11. vertagt, nachdem nicht nur die Beschuldigung nicht schlüssig bewiesen werden konnte, und vor allem nachdem der Verteidiger auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs hingewiesen hatte.

Darin war festgestellt worden, dass die PKK in den Jahren 2014 bis 2017 – also auch zurzeit von Yakups „Vergehen“ – zu Unrecht auf der Liste der „terroristischen Organisationen“ stand.

Zu einem danach eigentlich

logischen Freispruch mochte sich Richter Söhnel dennoch nicht hinreißen lassen. Er stellte das Verfahren nach Absprache mit Staatsanwaltschaft und Verteidigung gegen Zahlung von 350 Euro an die Kinderkrebshilfe Gießen ein. Damit ist weder ein



Insgesamt mehr als 30 Interessierte waren auch am letzten Verhandlungstag aus Solidarität zum Landgericht gekommen

Schuldeingeständnis verbunden, noch ist Yakup vorbestraft und die Gerichtskosten trägt der Staat. In erster Instanz war eine Geldstrafe in Höhe von 1.600 Euro verhängt worden.

Ein glimpflicher Ausgang mit dem Beigeschmack, dass sich die deutsche

Justiz wieder einmal nicht dazu durchringen konnte, sich nicht zum Handlanger der türkischen Regierung machen zu lassen.

Der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, wird seit 20 Jahren unrechtmäßig in Isolationshaft auf der Insel Imrali gefangen gehalten; selbst Familie und Anwalt sind seit über zwei Jahren ohne Lebenszeichen von ihm. Darüber schweigen die Menschenrechtshochmeister hier, aber das Bild einer Fahne im Internet muss geahndet werden. Erika Beltz

2019: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Der Krieg in Syrien

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Karin Leukefeld

Seit sieben Jahren herrscht Krieg und Zerstörung in Syrien. Noch ist die Hoffnung auf Frieden nicht gestorben. Sie erhält weiter Nahrung. Das Land läuft aber Gefahr, wegen der Interessen innerer und äußerer Akteure gespalten zu werden. Hierüber möchten wir mit der freien Journalistin Karin Leukefeld (u.a. für die "junge Welt") diskutieren. Sie reist immer wieder in die Kriegsgebiete des Nahen Ostens und berichtet vom Krieg in Syrien.

In Marburg: am Mittwoch, 23. 1., 19 Uhr, Kerner Begegnungsstätte, Lutherischer Kirchhof 1, 35037 Marburg, **Veranstalter:** DGB Marburg-Biedenkopf, Bündnis Nein zum Krieg Marburg

In Gießen: am Donnerstag, 24. 1., 19 Uhr, DGB-Haus Gießen, Walltorstr. 17, Dachsaal, 7. Stock, **Veranstalter:** DKP Gießen

Der "Abzug" - Syrien: Der Westen greift weiter an

Der Ankündigung des Abzugs folgt der Angriff: Donald Trump will irgendwann die illegal in Syrien stationierten US-Truppen abziehen, Israel feuert aus dem Luftraum des Libanon heraus Richtung Damaskus, Erdogan verkündet mehr Krieg. Arbeitsteilung der Staatsterroristen. Die Vorwände sind egal, das Herumtrampeln auf Menschenrechten und Staaten ist westlichen Bündnissen Gewohnheitsrecht...

Die USA haben Al-Qaida erfunden und sponsern nun gemeinsam mit der Türkei deren Reste auf syrischem Territorium. Die heißen in westlichen Medien zur Zeit "gemäßigte Islamisten". Den "Islamischen Staat" (IS) züchteten USA und Golfdiktaturen gemeinsam, bevor sie 2014 die "Koalition der Willigen" zur angeblichen Bekämpfung der Kopfabseiner bildeten. Der IS blühte also weiter auf, 2015 änderte sich aber die Lage, als die russischen Streitkräfte auf Einladung der syrischen Regierung eingriffen. Völkerrechtswidrig mischte sich auch die Bundesrepublik in den Syrischen Krieg ein. Die Aufklärungsdaten der Luftwaffe er-

reichten immer wieder den IS. Es gab – unterstützt durch Bombardements der Koalitionäre – mehrere Angriffe seiner Banden, die genaue Kenntnis von Stellungen der syrischen Armee verrieten. Es half alles nichts: Die syrische Regierung kontrolliert wieder große Teile des Landes.

Das bedeutet: Der Westen und seine Henkersknechte in den Golfstaaten haben, "strategisch gesehen, eine Niederlage auf der ganzen Linie" erlitten...

Der "Abzug", bei Trumps Pistenberührung im Irak am Dienstag schon fast zurückgenommen, bedeutet Arbeitsteilung. Die Ursache: Die Interventions- und Regime-Change-Politik der USA und des Westens verlief bis zum Anfachen des Kriegs in Syrien 2011 relativ ungestört – von der Zerstörung Jugoslawiens in den 1990er Jahren bis zur Zertrümmerung Libyens und eben Syriens seit 2011. Die Niederlage dort bleibt ein kleines Stalingrad für die Angreifer, aber mehr als Umgruppierung heißt das nicht.

Trump überlässt den "Willigen" gern den, wie er es ausdrückte, "Schlamassel" im

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

SDAJ Marburg:

Kämpfe verbinden - Wohnraum, Schule, Uni, Betrieb

Do., 17. 1., 18-20 Uhr, Biegenstr. 14, Hörsaal +1/0120. Referenten: Marie-Luise (Stadtschulsprecherin), Eyup Yilmaz (Linkspartei), Ulf Immelt (DGB)



news.dkp.de

www.dkp-hessen.de

www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
www.unsere-zeit.de

Letzte Meldung

Die syrisch/kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG haben die syrische Regierung von Baschar Assad gebeten, Truppen in die von ihnen kontrollierten Gebiete zu bringen. Das geht aus einer Mitteilung der YPG hervor. „Wir bitten die syrischen Regierungskräfte, die zum Schutz unseres Landes und unserer Grenzen verpflichtet sind, die von unseren Kräften verlassenen Gebiete zu kontrollieren -darunter Manbidsch - und sie vor einer türkischen Offensive zu schützen“, hieß es.

Arnold Schölzel - (leicht gekürzt aus "junge Welt" vom 28.12.2018)